



EUROPÄISCHER
RECHNUNGSHOF

DE

Rede

Brüssel, den 13. Oktober 2016

Rede von Klaus-Heiner Lehne, Präsident des Europäischen Rechnungshofs

Vorstellung des Jahresberichts des Europäischen Rechnungshofs zum
Haushaltsjahr 2015
vor dem Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments
Brüssel, den 13. Oktober 2016

Es gilt das gesprochene Wort.

ECA Press

Mark Rogerson - Sprecher T: (+352) 4398 47063

Damijan Fišer - Pressereferent T: (+352) 4398 45410

12, rue Alcide De Gasperi - L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu @EUAuditorsECA Youtube: [EUAuditorsECA](https://www.youtube.com/EUAuditorsECA) eca.europa.eu

M: (+352) 691 55 30 63

M: (+352) 621 55 22 24

Frau Vorsitzende!
Frau Vizepräsidentin der Kommission!
Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Es ist mir eine große Ehre, Ihnen in meinem ersten Jahr als Präsident des Europäischen Rechnungshofs - tatsächlich ist es mein erster Monat im neuen Amt - den Jahresbericht des Hofes zum Haushaltsjahr 2015 vorstellen zu dürfen.

Die Ereignisse seit 2015 haben die Europäische Union in ihren Grundfesten erschüttert, und wir befinden uns nun in einer Phase der kritischen Selbstreflexion. Uns alle bewegt die Frage, warum so viele Bürger dem Projekt Europa den Rücken kehren. Einer der Gründe ist meiner Ansicht nach, dass wir - die Europäischen Institutionen - in gewissem Maße das Vertrauen unserer Bürger verloren haben. In den kommenden Monaten und Jahren wird die EU vor der großen Herausforderung stehen, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Ich bin überzeugt, dass der Europäische Rechnungshof bei diesem Prozess eine wichtige Rolle spielen wird. Darum möchte ich in meinen folgenden Ausführungen nach vorne schauen auf das, was getan werden muss, aber auch zurückblicken auf das, was wir für das Haushaltsjahr 2015 in unserem Bericht festgestellt haben.

Klar ist, dass wir Reformen brauchen. Aber wie auch immer diese Reformen aussehen werden, sie müssen sich auf ein stabiles finanzielles Fundament stützen. Unabhängig davon, ob die EU 28 oder 27 Mitgliedstaaten umfasst, eine solide Finanzordnungspolitik ist auch künftig von großer Bedeutung. Nach Ansicht des Hofes sind vier Elemente hierbei besonders wichtig.

Erstens muss die EU für eine ordnungsgemäße Rechnungsführung sorgen. Wie können uns die Menschen auch nur im Ansatz vertrauen, wenn sie nicht davon überzeugt sind, dass wir gut auf ihr Geld achten und ordentlich darüber Buch führen?

Die EU-Jahresrechnung 2015 wurde in Übereinstimmung mit internationalen Grundsätzen aufgestellt und vermittelt in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild. Wir konnten daher erneut ein uneingeschränktes Prüfungsurteil zu ihrer Zuverlässigkeit abgeben.

Allerdings sind die im laufenden und in kommenden Jahren auszahlenden Beträge weiterhin sehr hoch, und die Kommission hat keine Cashflow-Prognose für die nächsten sieben bis zehn Jahre erstellt. Anhand einer solchen Prognose wäre es unseren Adressaten möglich, sich auf den künftigen Zahlungsbedarf sowie auf künftige Haushaltsprioritäten einzustellen. Eine solche Prognose würde auch zur Wiederherstellung des Vertrauens beitragen. Die von der Kommission vorgenommene mittelfristige Zahlungsvorausschätzung ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Zweitens muss die EU sicherstellen, dass ihre Finanzvorschriften korrekt befolgt werden.

Zwar werden die Zu- und Abflüsse des derzeitigen EU-Haushalts genau verbucht, jedoch gibt es noch immer zu viele Fehler, was die Mittelverwendung betrifft, insbesondere bei den Mitgliedstaaten. Die geschätzte Fehlerquote, mit der das Ausmaß der Unregelmäßigkeiten gemessen wird, beläuft sich bei den Zahlungen des Jahres 2015 auf 3,8 %. Dies entspricht im Großen und Ganzen der Fehlerquote der letzten Jahre, aber die Wesentlichkeitsschwelle von 2 % wird auch weiterhin überschritten.

Die höchsten geschätzten Fehlerquoten stellten wir erneut bei den Ausgaben der Rubriken "Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt" (5,2 %) sowie "Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung" (4,4 %) fest. Bei den Verwaltungsausgaben wurde die niedrigste geschätzte Fehlerquote ermittelt (0,6 %).

Erfreulich ist, dass sich die Korrekturmaßnahmen, die von den Behörden in den Mitgliedstaaten und der Kommission ergriffen wurden, positiv auf die geschätzte Fehlerquote ausgewirkt haben. Andernfalls hätte die Fehlerquote über 4 % betragen.

Zudem liefert die Kommission eine Bewertung der Auswirkungen potenzieller künftiger Korrekturmaßnahmen für das Haushaltsjahr 2015.

Die Kommission hat zwar Schritte eingeleitet, um ihre Bewertung des Risikos und der Auswirkungen von Korrekturmaßnahmen zu verbessern, doch besteht hier nach wie vor Verbesserungsbedarf.

Ausreichende Beträge wieder einzuziehen, um die Fehlerquote auf unter 2 % zu senken, wäre bereits ein bemerkenswerter Erfolg. Aber wir sind nach wie vor der Ansicht, dass Vorbeugung die beste Medizin ist.

Für den europäischen Steuerzahler wäre es weitaus besser, wenn die Kommission und die Mitgliedstaaten die Mittel von vornherein ordnungsgemäß ausgeben würden, anstatt sie sich unter Aufwendung von Zeit und Kosten mühsam zurückzuholen, nachdem Fehler festgestellt worden sind.

Hätten die Kommission, die mitgliedstaatlichen Behörden und die unabhängigen Prüfer sämtliche verfügbaren Informationen genutzt, so hätten sie einen erheblichen Teil der Fehler verhindern bzw. aufdecken und berichtigen können, bevor die entsprechenden Zahlungen geleistet wurden.

Unsere Ergebnisse deuten auch darauf hin, dass es möglich wäre, die Fehlerquote durch eine bessere Gestaltung der Ausgabenregelungen zu verringern.

Dass Regelungen unterschiedliche Risikomuster haben, wirkt sich stark auf die Fehlerquote aus. So bestehen große Unterschiede zwischen den Erstattungsregelungen einerseits - hier erstattet die EU Kosten für förderfähige Tätigkeiten auf der Grundlage von Meldungen der Begünstigten - und den auf Zahlungsansprüchen basierenden Regelungen andererseits - hier werden Zahlungen bei Erfüllung bestimmter Bedingungen geleistet. Bei der Erstattung von Kosten ist die Fehlerquote mehr als doppelt so hoch (5,2 %) wie bei Ausgaben, die auf Zahlungsansprüchen basieren (1,9 %).

Die Bürger können keinem System vertrauen, das sie nicht verstehen. Eine bessere Gestaltung der Ausgabenregelungen wird dazu führen, dass es weniger Fehler gibt und die Menschen mit größerem Vertrauen von den Regelungen Gebrauch machen.

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete!

Zu einer Zeit, in der Wohlstand für viele nicht selbstverständlich ist, müssen unsere Bürger wissen, dass jeder Euro, der in ihrem Namen ausgegeben wird, von vornherein gut und mit der bestmöglichen Wirkung verwendet wird.

Auch muss dafür gesorgt sein, dass ausreichende Mittel für vereinbarte politische Prioritäten zur Verfügung stehen und gleichzeitig Reserven für die Bewältigung von Krisen vorhanden sind. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen hat sich beides als schwierig erwiesen.

Aus diesen Gründen hat mein Amtsvorgänger darauf hingewiesen, dass ein "völlig neuer Ansatz" benötigt werde.

Noch ist es zu früh, um abzuschätzen, ob und wann ein solcher Ansatz verwirklicht wird. Die Halbzeitüberprüfung der aktuellen EU-Ausgabenpläne liegt uns allerdings bereits vor.

Sie enthält eine Reihe von Legislativvorschlägen, wie die haushaltspolitische Flexibilität verbessert und die Finanzvorschriften vereinfacht werden können. Der Hof wird zu gegebener Zeit eine Stellungnahme zu den Vorschlägen abgeben.

Wir begrüßen es, dass die Europäische Kommission erneut dazu aufgerufen hat, den Schwerpunkt stärker auf Ergebnisse zu legen. Allerdings gilt es noch immer, eine Optimierung des Mitteleinsatzes zu erreichen - und das bringt mich zum dritten Element einer soliden Finanzordnungspolitik.

Unsere Bürger erwarten zu Recht, dass die EU für eine optimale Mittelverwendung sorgt. Sie müssen das Gefühl haben, dass ihnen die EU eine bessere Lösung bieten kann, als dies die Behörden in ihren Mitgliedstaaten allein vermocht hätten.

Aber wurden bei den EU-Projekten im Haushaltsjahr 2015 die Mittel optimal eingesetzt? Waren die Projektziele von Anfang an realistisch? Waren die damit verbundenen Kosten angemessen - im Vergleich zu einem klar bestimmten Richtwert? War das Programm oder Projekt teurer oder günstiger als es bei der Durchführung durch eine andere Regierungsebene ausgefallen wäre?

Diese Fragen sind schwer zu beantworten, solange es keine geeigneten Berichterstattungsregelungen gibt.

In diesem Jahr beleuchten wir die Herausforderungen, denen die Kommission bei der Berichterstattung über die Ergebnisse der Ausgaben für Forschung und Innovation im Rahmen des Programms Horizont 2020 gegenübersteht.

In Bezug auf Horizont 2020 haben wir festgestellt, dass gegenüber dem Siebten Rahmenprogramm zwar Verbesserungen vorgenommen wurden, die Kommission jedoch nach wie vor nur bedingt in der Lage ist, die Leistung des Programms zu überwachen und darüber zu berichten. Die Verknüpfung zwischen den zehn neuen politischen Prioritäten der Kommission und dem strategischen Rahmen von Europa 2020/Horizont 2020 muss noch weiter klargestellt werden. Dieser Mangel an Klarheit könnte auch andere EU-Tätigkeiten beeinträchtigen.

Trotz der Fortschritte bei den von der Kommission für die Leistungsmessung verwendeten Indikatoren bestehen weiterhin Schwachstellen. Managementziele müssen auch auf der Ebene der Generaldirektionen der Kommission besser ausgearbeitet werden.

Wie gesagt, begrüßen wir die von der Kommission in ihrer Halbzeitüberprüfung gestellte Forderung nach einer vereinfachten und stärker integrierten Berichterstattung über die Ausführung und Verwaltung des EU-Haushalts.

Dies empfehlen wir bereits seit einigen Jahren.

Wir haben auch betont, dass weitere Maßnahmen ergriffen werden sollten, falls keine optimale Mittelverwendung erzielt wird.

Wurden alle Mittel vorschriftsmäßig ausgegeben und ordnungsgemäß verbucht, so galt bislang die Sache damit als erledigt. Aber dabei sollten wir es nicht bewenden lassen.

Es muss echte Anreize dafür geben, die Mittel optimal zu verwenden und nicht nur Ausgabenziele zu erreichen, ohne gegen die Vorschriften zu verstoßen.

Denn selbst wenn alle Mittel korrekt ausgewiesen und alle Vorschriften beachtet werden, so bedeutet dies noch lange nicht, dass bei EU-finanzierten Projekten ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis erzielt wird.

Wenn die Menschen sich nicht sicher sein können, ob ein System für sie von Nutzen ist, können wir nicht von ihnen verlangen, dass sie diesem System vertrauen.

Sie müssen konkrete Ergebnisse sehen und wissen, mit welchen Mitteln diese erzielt wurden. Dieses Verhältnis - zwischen dem Nutzen einerseits und den dafür eingesetzten Mitteln andererseits - muss viel stärker verdeutlicht werden.

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete!

Vertrauen erfordert auch Transparenz und Zuverlässigkeit - als viertes Element einer soliden Finanzordnungspolitik.

Die Kommission muss dem Parlament und der Öffentlichkeit über die richtigen Aspekte Bericht erstatten, und die bereitgestellten Informationen müssen angemessen kontrolliert und unabhängig geprüft werden.

Allerdings erhöht der zunehmende Einsatz von Finanzinstrumenten, die nicht direkt aus dem EU-Haushalt finanziert werden und nicht unserer Prüfung unterliegen, die Risiken für die Rechenschaftspflicht und die Koordinierung der Politiken und Maßnahmen der EU.

Unsere Prüfungen bieten nicht nur eine unabhängige Zuverlässigkeitsgewähr, sondern auch die Möglichkeit, Empfehlungen zur Verbesserung der EU-Finanzordnungspolitik abzugeben.

Unsere Empfehlungen werden von der Kommission größtenteils akzeptiert und umgesetzt.

Allerdings unterscheidet sich der Umfang der formalen Folgemaßnahmen, die in den einzelnen Mitgliedstaaten ergriffen werden, erheblich voneinander, obwohl den Mitgliedstaaten unsere Empfehlungen im Allgemeinen hinlänglich bekannt sind. Daher finden wir nur wenige Anhaltspunkte für Änderungen der nationalen Politik und Praxis.

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete, die Finanzordnungspolitik der EU muss verbessert werden. Die EU muss die richtigen Reformen einleiten, und zwar bald.

Die Zeit der Entscheidungen rückt näher. Wir werden unsere Kommentare und Anregungen zu den Vorschlägen der Kommission vorlegen und freuen uns darauf, sie weiter diskutieren zu können.

Um ein EU-Finanzsystem zu schaffen, welches das Vertrauen der Bürger verdient, müssen alle EU-Institutionen zusammenarbeiten. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies gelingen wird.